

# DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



## Terrorpläne deutscher Neonazis – Neue „Qualität“ des Rechtsextremismus?

Nicht nur die „Weltstadt mit Herz“, das gemütliche München, wurde Mitte September aufgeschreckt durch Mitteilungen der Polizei, dass offenbar eine äußerst militante Gruppe von Neonazis nicht mehr mit braunen Phantasien, nicht mehr mit gelegentlicher Ausländerhatz begnügen wollte, sondern Terror großen Stils plante. In der Wohnung des aus Mecklenburg-Vorpommern vor einigen Jahren zugewanderten Rechtsradikalen Martin Wiese, der es offenbar verstand, seine schlappen bayrischen Gesinnungsgenossen „auf Vordermann“ zu bringen, und rasch als unbestrittener Chef einer „Kameradschaft Süd – Aktionsbüro Süddeutschland“ das Kommando übernahm, waren neben zahlreichen Waffen 1,7 Kilo des Sprengstoffs TNT gefunden worden. Am 9. November, jenem Tag, an dem einst Hitlers Putschversuch 1923 in München niedergeschlagen wurde und der im Dritten Reich nicht nur alljährlich Anlass zu düsteren Feiern war, die 1938 in das von oben befohlene Pogrom der so genannten „Reichskristallnacht“ ausarteten, sollte die Bundesrepublik erzittern. An diesem Jahrestag der Pogromnacht soll ja in Anwesenheit höchstangereger Politiker der demokratischen Parteien der Grundstein für Münchens neues Jüdisches Zentrum gelegt werden. Nicht auszudenken die Folgen, wenn der teuflische Plan, dabei die

Bombe zu zünden, wirklich zur Ausführung gelangt wäre. Und die Gruppe, der mehr als dreißig Personen angehören, hatte noch weitere Ziele im Visier: Jüdische und moslemische Einrichtungen, aber auch der bayrische SPD-Politiker Franz Maget, standen auf der Liste der für Anschläge Ausersehenen.

Die Aufdeckung dieser Pläne deutet darauf hin, dass es in der Neonaziszene Tendenzen gibt, ihre politischen Ziele offen mit Gewalt durchzusetzen. Wenn Bayerns Innenminister Günther Beckstein von einer „Braunen Armee Fraktion“ spricht, so mag er mit der Erinnerung an die RAF zugleich auch linke Vorwürfe, im bayrischen CSU-Klima könn-

ten rechtsextreme Giftpflanzen eben besonders gut gedeihen, in Schranken halten. Aber von „Alarmismus“ sollte man mit der Aufdeckung der Neonaziverschwörung keineswegs sprechen. Denn leider gibt es in Europa Anzeichen dafür, dass im Untergrund – das Internet eignet sich dafür hervorragend – verstärkt für Demokratiefeindschaft und Rassismus geworben wird.

Auch der Mord an der sozialdemokratischen schwedischen Außenministerin Anna Lindh könnte ein „Erfolg“ solcher Propaganda sein. Die Neonaziszene in Schweden ist ja schon früher durch besondere Gewalttätigkeit aufgefallen, so durch die Ermordung eines Gewerkschaftsfunktionärs, und

auch der Mord an Olof Palme blieb ungeklärt. Das internationale Netzwerk des Rechtsextremismus scheint sich nicht mehr mit Nazipropaganda, der Leugnung des Holocaust und rassistischen Ausfällen begnügen zu wollen, wie sie übrigens neuerdings auf der Homepage einer als Ableger der deutschen NPD gegründeten NPÖ zu finden sind. Wenn der deutsche Innenminister Otto Schily von einer „neuen Qualität des Rechtsextremismus“ spricht, indem bewusst Menschenleben bedroht würden, so bestätigt dies nur, was Antifaschisten schon immer als unerlässliche Aufgabe betrachtet haben: Wachsam bleiben und den Anfängen wehren! ■



Die Schlägertrupps der „Skins“ haben dunkle Hintermänner

## Schwarz-blaues Debakel

**D**ie schwarz-blaue Regierung gerät in Bedrängnis. In den Umfragen zeigt sich deutlich, dass die Mehrheit im österreichischen Wahlvolk längst verloren hat.

Die SPÖ hat die Volkspartei bereits um 6–8 Prozentpunkte überholt, SP-Vorsitzender Gusenbauer liegt in der Wählergunst erstmals über dem einstigen „Strahlemann“ Grasser und hat den Bundeskanzler weit hinter sich gelassen.

Es war denn auch zu viel, was diese Regierung seit der Erneuerung ihres wackeligen Bündnisses den Österreichern zugemutet hat. Die Pensionsreform, die beschlossen wurde, ohne das Angebot der Sozialpartner auf Zusammenarbeit für ein sozial ausgewogenes System anzunehmen, kürzt die Ansprüche der Älteren, ohne den Jungen eine Zukunft auch im Alter zu sichern. Schnippische Bemerkungen wie jene der Bildungsministerin, die in ihrem eigenen Bereich die Ausbildung der Schuljugend gefährdet, heizen einen unnötigen Generationenkonflikt an. Den Eisenbahnern wird eine „Reform“ angedroht, die das Personal drastisch reduzieren und Eingriffe in Dienstverträge ermöglichen soll. Der Kauf der Abfangjäger wurde gegen die deklarierte Ablehnung des Großteils der Bevölkerung durchgedrückt und man denkt nicht daran, angesichts der Mängel dieses Kampfflugzeugs neu zu verhandeln. Die Steuerreform wird entgegen wirtschaftlich vernünftigen Argumenten und trotz des FP-Theaterdonners nicht für 2004 vorgezogen. Die Arbeitslosigkeit erreicht neue Höchstzahlen, ohne dass die Regierung durch öffentliche Investitionen Gegenmaßnahmen ergreift. Im Gegenteil, gespart

wird wo es geht und auch dort, wo es eigentlich nicht gehen sollte, wie auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit, der Forschung und der Universitäten, oder beim Ausbau der Infrastruktur, der angesichts der Osterweiterung ein brennendes Gebot der Zeit wäre. Und nun wurde auch die VOEST, das österreichische Paradeunternehmen, zu einem Schleuderpreis verschertelt, ohne abzusichern, dass sie in österreichischer Hand bleibt.

Während Schüssel sein neoliberales Konzept bedenkenlos durchzieht, hat sich die FPÖ in der Regierungspolitik als zwar maulender, aber zu keiner Konsequenz bereiter Partner erwiesen. Vizekanzler und nomineller FP-Chef Haupt schwankt zwischen den Zurufen des einfachen Parteimitglieds aus Kärnten und den mit der ÖVP getroffenen Abmachungen, um letzten Endes doch zu der ÖVP-Linie, wenn auch mit „vier minus“, Ja und Amen zu sagen. Er ist durch seine permanenten Umfänger zu einer Karikatur geworden, der allein durch sein Auftreten alle Karikaturisten überspielt. Aber kein anderer ist so symptomatisch für das Wesen dieser Partei, der mit dem Verlust ihrer einst auf Ausländerfeindlichkeit und autoritäres Gehabe bauenden Oppositionspopularität die Luft ausgegangen ist.

So sehr als grenzenlos opportunistisch und zugleich unfähig wie die FPÖ hat sich in Österreich wohl noch nie eine Partei selbst entlarvt. Das Sesselkleben wurde von ihren Funktionären zum Prinzip erhoben. So deutlich konnte es keine Agitation ihrer Gegner zeigen wie die „Blauen“ selbst, dass mit Haupt und Haider nie und nimmer ein Staat zu machen ist. ■

## Ein guter Freund ist tot: Josef Hesoun, 1930–2003

**A**m 9. September 2003 nahm eine große Trauergemeinde Abschied von „Jolly“ Hesoun. Die Vizebürgermeisterin von Brunn am Gebirge, Helga Markowitz, würdigte im Namen der Partei die Verdienste und das Wirken des Verstorbenen im Bezirk Mödling.

Josef Staudinger, Präsident der AK NÖ und Nachfolger von Josef Hesoun, beschrieb den Verstorbenen als eifrigen, aufrechten Kämpfer für die Belange der arbeitenden Menschen.



Bundeskanzler a. D. Dr. Franz Vranitzky sprach Gedenkworte im Namen der zahlreichen Freunde Hesouns und verwies auch auf dessen Leistungen als

Bundesminister für soziale Verwaltung. Als Bundesminister setzte er sich besonders für die Beschlussfassung des Bundespflegegesetzes ein. Dieses Gesetz wird als ein Meilenstein der Sozialgesetzgebung in der

Zweiten Republik bezeichnet.

Auch wir Freiheitskämpfer haben einen Freund und Mitstreiter verloren. Er bleibt unvergessen. ■

## Hohe Auszeichnung für Hubert Pfoch

**E**inem Ersuchen des Vorstandes des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes, die 20-jährige Präsidentschaft von Hubert Pfoch in diesem Institut durch die Verleihung eines Bundesehrenzeichens zu würdigen, hat der Bundespräsident entsprochen. Hubert Pfoch wurde das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern zuerkannt. Die Überreichung dieser hohen Auszeichnung erfolgte im Bei-

sein der Familie Hubert Pfochs sowie zahlreicher Freunde und Mitkämpfer, durch den Bundesminister für Inneres, Dr. Ernst Strasser, und den neu gewählten Präsidenten des DÖW, Bundesminister a. D. Rudolf Edlinger.

Der wissenschaftliche Leiter des DÖW, Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, würdigte Pfochs Wirken im Widerstand und seine spätere Tätigkeit als

Amtsführender Stadtrat und Vizebürgermeister in Wien und seinen Anteil am Wiederaufbau und der Neugestaltung der Bundeshauptstadt.

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer gratulierten Hubert Pfoch zu dieser Ehrung. ■



Foto: Freiheitskämpfer

# NS-Zwangsarbeit am Beispiel von Kaprun

**A**uf das Speicherkraftwerk Kaprun sind wir Österreicher sehr stolz. Mit Recht. Es liegt eingebettet in einer herrlichen Bergwelt und liefert uns seit Jahrzehnten kostbaren Strom. Weniger wissen wir über seine Errichtung. Eine Gedenkveranstaltung am 4. September d. J. hat uns daran erinnert. Anlässlich dieser Gedenkfeier zur Erinnerung an die beim Bau ums Leben gekommenen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen wurde berichtet, unter welch schwierigen Umständen die hier Beschäftigten während der Errichtung des Kraftwerkes zwischen 1938 und 1945 arbeiten mussten. Diese Männer von Kaprun waren Zwangsarbeiter aus mehreren Ländern und Kriegsgefangene.

Der „Verbund“ als nunmehriger Betreiber des Kraftwerkes setzte, wie schon erwähnt, anfangs September in Kaprun mit der Enthüllung einer Gedenktafel ein sichtbares Zeichen, nicht nur für die während des Baues tödlich verunglückten Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen des Tauernkraftwerkes, sondern auch dafür, dass man sich der tragischen historischen Umstände während der Zeit des Nationalsozialismus bewusst ist.

In den Jahren zwischen 1938 und 1945 arbeiteten mehr als 6.300 zivile Zwangsarbeiter und bis zu 4.000 Kriegsgefangene auf dieser Großbaustelle. In den erwähnten Jahren waren nur drei Prozent der Beschäftigten österreichische und deutsche Vorarbeiter und Ingenieure.

Der Bau des Kraftwerkes in Kaprun geht somit in wesentlichen Teilen, wie andere Wasserkraftwerke in Österreich auch, auf die Nazi-Kriegswirtschaft und auf den Einsatz von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen



**Das Speicherkraftwerk Kaprun ist der Stolz der österreichischen Elektrizitätswirtschaft. Darüber darf nicht vergessen werden, dass an seinem Anfang Zwangsarbeit stand.**

Foto: Verbund

zurück. In den Kriegsjahren wurde das Baumaterial immer knapper, der Bau des Tauernkraftwerkes ging trotzdem langsam voran. Ab 1943 konnte aber nur mehr ein „Notprogramm“ durchgezogen werden. Der erste Maschinensatz im Krafthaus Kaprun wurde am 17. November 1944 in Betrieb genommen. Beim Bau des Kraftwerkes kamen 56 Männer ums Leben.

Die Historiker Oliver Rathkolb und Florian Freund haben mit Unterstützung des Verbundes dieses Kapitel der österreichischen Energiegeschichte in einer Studie umfassend aufgearbeitet. Die Arbeit wurde in Buchform (erschieden im Böhlau Verlag) bereits im Jänner dieses Jahres vorgestellt und liefert einen wesentlichen Bei-

trag, um das verzerrte Geschichtsbild zurechtzurücken.

Auslöser für das Forschungsprojekt NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der Ostmark 1938–1945 war die Diskussion über die in diesem Zusammenhang bisher nicht kompensierten materiellen Vermögensverluste, sowie die Sammelklagen in den USA gegen eine Reihe von schweizerischen, deutschen und österreichischen Unternehmen. Der Verbund war in der Folge von Anfang an bereit, einen Beitrag zum Versöhnungsfonds zu leisten. Er wollte aber nicht nur eine finanzielle Pflicht erfüllen, sondern auch zu einer historischen Aufklärung über die Situation und den Umfang der Zwangsarbeit beim Bau der

heute im Eigentum des Verbundes stehenden Kraftwerke (Kaprun, Donaukraftwerk Ybbs-Persebeug und die Kraftwerke an der Drau und Enns) beitragen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg geriet das Schicksal der ehemaligen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in Vergessenheit – im „Mythos Kaprun“ war für diese Vorgeschichte kein Platz. Das Tauernkraftwerk wurde zum Symbol des österreichisch-patriotischen Wiederaufbaus.

Die neue Gedenktafel, sagte Verbundvorstand DI Hans Haider beim Festakt, sei ein „sichtbares Zeichen, dass wir uns als Unternehmen der traurigen Umstände der ersten Phase des Kraftwerkes Kaprun bewusst sind“.

# Nazidemo verboten – Erfolg der Linken

**D**as neonazistische „Schutzbündnis Soldatengrab“ plante für 23. August eine Demonstration gegen die Aberkennung des Ehrengrabs für den Luftwaffenoffizier Walter Nowotny auf dem Wiener Zentralfriedhof. Nowotny war nachgewiesenermaßen Mitglied der NSDAP. Gegen die angekündigte Nazidemonstration erhoben sich zahlreiche Proteste. So forderten Vertreter der SPÖ den Innenminister auf, diese Demonstration zu untersagen. Sozialdemokratische Organisationen kündeten eine Gegendemonstration an. Knapp vor dem Termin wurde der Naziaufmarsch mit der Begründung ver-

boten, es würden dabei voraussichtlich Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz zu erwarten sein.

Bei der Gegendemonstration der linken Antifaschisten ergriff Alfred Kohlbacher, als Vertreter der Soz. Freiheitskämpfer Hietzing, das Wort. Er begrüßte zwar das „spät, aber doch“ erfolgte Verbot des Naziaufmarsches, bemerkte dazu aber unter anderem: „Die Erklärung der Behörde, die Untersagung sei nicht ‚auf Druck der Linken‘, sondern nach Prüfung der Sachlage erfolgt, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Hier erinnere ich an die Nazi-Kundgebung gegen die Wehrmachtsausstellung am Heldenplatz im vorigen Jahr. Die

Sachlage war damals nicht anders als heute! Trotzdem genehmigte die Behörde den beschämenden Nazispuk.

Was hat sich in der Zwischenzeit geändert? Die Wehrmachtsausstellung hat Wirkung gezeigt und der Druck der Linken hat zugenommen! Die Opferverbände, insbesondere der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten und der KZ-Verband, die SPÖ und die Grünen forderten entschieden die Untersagung. Gleichzeitig entstand massiver Druck durch die Ankündigung einer von vielen Organisationen getragenen Gegendemonstra-

tion. Die Untersagung ist, das lassen wir uns nicht nehmen, ein Erfolg der Linken! Und die Lehre, die daraus zu ziehen ist: Konsequenter Widerstand lohnt sich!

Walter Nowotny gehörte zu jenen NS-Offizieren, die mit ihrem blinden Hitlerstreue, ihrem blinden Fanatismus und ihren Durchhalteparolen 1944 den bereits verlorenen, verbrecherischen deutschen Angriffskrieg verlängerten und so hunderttausende kriegsmüde Wehrmachtsoldaten und Zivilisten in den Tod trieben. Die Absicht der FPÖ in Gmünd, eine Straße nach Nowotny zu benennen, ist durch den Widerstand im Gemeinderat gescheitert. ■

## Ex-FP-Bezirksrat verurteilt

**E**in ehemaliger, 1994 aus der FPÖ ausgeschlossener Bezirksrat aus dem 7. Wiener Gemeindebezirk wurde wegen Verstößen gegen das NS-Verbotsgesetz zu drei Jahren Haft (ein Jahr unbedingt) verurteilt. Wolfgang F. beschäftigte sich in mehreren Schriften und im Internet mit der Leugnung der Massenvernichtung der Juden in der Zeit des NS-Terrors. Er bestritt die Existenz und Wirkung von Gaskammern im Hitlerreich mit scheinwissenschaftlichen Argumenten. Das haben vor ihm auch einige andere gemacht und es ist an und für sich nichts Neues. Neu hingegen ist, dass sich im

Gerichtssaal eine größere Anzahl von älteren Personen befand, die dem Angeklagten durch Zwischenrufe und durch Unmutsäußerungen beistehen wollten. Als sich die Störungen dieser Ewiggestrigen, die anscheinend wieder Morgenluft wittern, steigerten, verbannte das Gericht die Zuhörer aus dem Saal. Es ist bemerkenswert, dass sich solche Szenen, wie wir sie in den ersten NS-Prozessen der fünfziger Jahre bereits kennen gelernt haben, jetzt wiederholen. Es wäre gut gewesen, wenn einige dieser „Protestierer“ auch wegen des Verstoßes gegen das NS-Gesetz angezeigt worden wären. ■

## FP-Eklat in Mariahilf

**Z**u einem Eklat kam es kürzlich in der Sitzung der Mariahilfer Bezirksvertretung: Der Mariahilfer FP-Obmann Vilimsky wurde von Bezirksräten dafür kritisiert, dass er bei einer Veranstaltung die Vorgehensweise der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg als „Ehren- und Heldentaten“ hingestellt hatte. FP-Mandatar Grillmayer – ein pensionierter Bundesheer-Offizier – verteidigte in der Debatte Vilimsky und die „Ehre“ der deutschen Wehrmacht, in dem er ihr Wirken mit dem des österreichischen Bundesheers gleichsetzte: Sie „hätten alle ja nur ihre

Pflicht getan und gegen den Feind gekämpft.

Der sozialdemokratische Bezirksrat Dr. Kilian Franer wies die verharmlosende Gleichsetzung der demokratischen österreichischen Armee, die in der Zweiten Republik noch nie in Kampfhandlungen verwickelt worden war, mit dem verbrecherischen Angriffskrieg der NS-Führung und der ihr gehorchenden Wehrmacht sofort zurück. Seitens der FPÖ-Fraktion erfolgte bisher keinerlei Entschuldigung oder auch Klarstellung. Der Mariahilfer FP-Chef ist auch Pressesprecher des Wiener FP-Chefs Kabas. ■

**D**er langjährige stellv. Landesvorsitzende des Landesverbandes Salzburg der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Eduard Kittl, ist am 18. August 2003, im 81. Lebensjahr, verstorben.

Eduard Kittl war von 1932 bis 1934 bei den Roten Falken. 1936 bis 1938 absolvierte er eine

## Abg. z. NR a. D. Eduard Kittl verstorben

Lehrzeit als Ziegeleiarbeiter. Nach Kriegsende besuchte er die Arbeitermittelschule. Seit 1946 war er für die SPÖ Salzburg, zuerst als Sektionsobmann und ab 1962 als Gemeinderat der Stadt Salzburg,

tätig. Von 1946 bis 1971 war Kittl beim Amt der Salzburger Landesregierung in der Abteilung Sozialversicherung und Opferfürsorge beschäftigt.

1971 erfolgte die Wahl in den Nationalrat, dem er bis

Mai 1983 angehörte. 1975 bis 1983 war Eduard Kittl Vorsitzender der SPÖ-Bezirksorganisation Salzburg-Stadt. 1973 wurde er zum stellvertretenden Landesparteivorsitzenden gewählt.

Dem Bundesvorstand gehörte er seit 1966 an.

# Ewiggestriger Kärntner Heimatdienst

**W**er die Zeitschrift dieses so genannten Heimatdienstes vom August 2003 in die Hand nimmt, glaubt sich um Jahrzehnte zurückversetzt. Die Zeitschrift, die mit dem Untertitel „Kärnten frei und ungeteilt bei Österreich“ erscheint – als ob dies heute irgendeinen aktuellen Bezug hätte –, tobt sich im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung, seitenweise gegen Slowenien und Tschechien aus. Sie titelt unter folgenden Überschriften: „Die Karawankengrenze muss auch nach EU-Beitritt Sloweniens bleiben“ – „Keine Revision der Kärntner Volksabstimmung 1920“ (no na). Im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung wird eine Großslowenische Vision, wobei Slowenien auch Kärnten umfasst, vehement bekämpft. (Da wird ein Gespenst aufgebaut, das durch keine ernsthaften Bestrebungen begründet ist. Anm. d. Red.)

Dann kommt Tschechien dran: „Tschechiens Dank für Österreichs Kuschelkurs: Verhöhnung statt Versöhnung“. Dabei wird ein Bild von Bundeskanzler Schüssel und Ministerpräsident Spidla gezeigt. Zusammenfassend fordert dann der

KHD: „Druck auf Tschechien und Slowenien verstärken“. (Da wird sich halt wieder die FPÖ ins Zeug legen. Anm. d. Red.)

Und nun kommen die Juden und Zwangsarbeiter ins Schussfeld. Überschrift: „Weitere Millionen für NS-Zwangsarbeiter und für Jüdische Kultusgemeinde und noch kein Ende in Sicht“. Fett gedruckt: „Stoppt endlich das NS-Stühnezahlungskarussell“.



Foto: Schleich, das größere Europa, Verlag Brandstätter

## 1972 hetzte der „Kärntner Heimatdienst“ zum Ortstafelsturm

Dann heißt es weiter: „An allen Ecken und Enden wird gespart, aber NS-Zwangsarbeiter werden aufgerufen, Entschädigungs-

antrag zu stellen“. Nochmals ein antijüdischer Schlenker: „Die Israelitische Kultusgemeinde: Ein Fass ohne Boden“.

Weiters sind die Afrikaner dran. Überschrift: „Wirbel um den Tod eines Afrikaners - Gutheuchler wollen Österreich zum fremdenfeindlichen Land stempeln“. Zu guter Letzt wird auf die Partisanen gezielt. Der KHD-Obmann fordert beim Fest der Kärntner Freiheit: „Macht dem Partisanenspuk ein Ende“. In diesem Ton geht es weiter, ohne einen Hinweis auf die Verursacher des Partisanenkampfes, nämlich die nationalsozialistischen Kriegstreiber und Rassenfanatiker.

Als Anhängsel darf man noch eine „wichtige“ Forderung des KHD erwähnen: „KHD für mehr deutsche Gottesdienste in den Kirchen Südkärntens“.

Jeder kann sich selbst einen Reim darauf machen, wie europafreundlich und nachbarschaftlich manche dieser so genannten nationalen Verbände sind. Dies auch zur Mahnung an jene Vertreter demokratischer Parteien, die immer gerne zu solchen Heimatdienst-Treffen pilgern. ■

## Pepper-Vorträge über die Jahre 1933/34

**I**m heurigen Herbst wird Prof. Hugo Pepper in der Wiener Urania eine zeitgeschichtliche Vortragsreihe unter dem Titel „1933–1934: Vom Staatsstreich zum Bürgerkrieg“ halten. 70 Jahre nach der Katastrophe jener Zeit ist die Erinnerung daran auch heute sinnvoll, insbesondere bei den Jüngeren, die darüber kaum informiert sind. Nicht zuletzt deshalb, weil heute manches vor dem aufgehellten historischen Hintergrund als „Wiederholungstat“ erkennbar würde.

Die von Dokumentarfilmen begleiteten Vorträge (jeweils 18.30–20 Uhr) im Einzelnen:

- 7. 10.: Der Staat, den angeblich keiner wollte
- 14. 10.: Gewalt als Mittel der Politik: Juli 1927
- 21. 10.: Hirtenberger Affäre und „Parlamentskrise“ 1933
- 28. 10.: Notverordnungen und „Vaterländische Front“
- 4. 11.: Februar 1934
- 11. 11.: Ständestaat und oktroyierte Verfassung
- 18. 11.: Juli 1934
- 25. 11.: Misslungene Befriedung – „Deutscher Friede“

## Wichtige Hinweise zur Antragstellung beim Versöhnungsfonds für Verfolgte unter dem NS-Regime (1938–1945)

**F**ür alle im Versöhnungsfondsgesetz berücksichtigten Personen, die auf dem Gebiet des heutigen Österreichs während des NS-Regimes (1938–1945) Zwangsarbeit leisten mussten, endet die Antragsfrist am 31. Dezember 2003!

Bitte unbedingt beachten:

- Politisch Verfolgte, die in Gefängnissen, Lagern, sog. „Besserungsanstalten“ etc. inhaftiert waren, zu Arbeiten, auch Inwendienstarbeiten, angehalten

wurden und länger in einem Gefängnis auf dem Gebiet des heutigen Österreichs inhaftiert waren als in einem KZ, sollten unbedingt beim „Österreichischen Versöhnungsfonds“ (ÖVF) einen Entschädigungsantrag stellen. Der ÖVF wird die Voraussetzungen für eine Entschädigungszahlung prüfen.

- Antragsteller, deren Antrag von der IOM (Internationale Organisation für Migration) abgelehnt wurde, sollten – wenn sie auf dem Gebiet des heuti-

gen Österreichs inhaftiert waren, zu Arbeiten angehalten wurden etc. – unbedingt beim ÖVF abklären, ob für sie die Voraussetzungen für eine Entschädigungszahlung durch den ÖVF gegeben sind.

- Kinder und Ehepartner, bei denen ein Elternteil/der Ehemann/die Ehefrau aus politischen Gründen verfolgt wurde und die zur Arbeit angehalten wurden (Dienstverpflichtung, Kinderarbeit), können einen Antrag beim ÖVF stellen.

*Kontakt: Österreichischer Versöhnungsfonds,  
Postfach 44, A-1011 Wien  
Tel.: (+43-1) 513 60 16-0  
Fax: (+43-1) 513 60 16-15  
E-Mail:  
info@versoehnungsfonds.at  
Web:  
http://versoehnungsfonds.at*

# St. Pölten im Jahr 1933

**M**itte Februar 1933 fand in den Stadtsälen eine Massenkundgebung im Zeichen von Hitlers Macht ergreifung in Deutschland statt. Pius Schneeberger und Heinrich Schneidmadl hielten eindrucksvolle Referate, die vor allem die Forderung nach Freiheit zum Ausdruck brachten.

Am 13. März 1933 beging die St. Pöltner Arbeiterschaft den 50. Todestag von Karl Marx im Rahmen einer Veranstaltung mit Dr. Max Adler als Referenten. Das Gedenken stand ganz im Zeichen der Ausschaltung des Parlaments am 4. März.

Am 26. März 1933 demonstrierten hunderte junge Sozialdemokraten in der Kremser Gasse. Sie wollten damit zeigen, dass St. Pölten noch immer eine rote Stadt ist, und den so genannten „Stadtbummel“ nicht den Nazis überlassen. Die sozialdemokratische Zeitung „Volkswacht“ konnte nicht mehr frei berichten. Immer öfter fanden sich darin zahlreiche weiße freie Zensurflecken.

Anfang April wurde beim Elektrizitätswerk in Ratzersdorf eine Waffensuche ohne jeden Grund durchgeführt. Am 5. April trafen in St. Pölten acht große Autos mit 300 zum Großteil mit Stahlhelmen, Krampfen und Schaufeln ausgerüsteten Gendarmen ein, um unter Führung von Oberinspektor Kreuth die Straßen, Gassen, Gänge, Keller und Wohnungen St. Pöltens nach Waffen zu durchsuchen. Dabei wurden Fußböden aufgerissen, die Kästen gesprengt, Strohsäcke aufgerissen, Tischladen zerstört. Auch das Kinderheim wurde gestürmt. Als Ergebnis fand man drei Gewehre, die noch aus den Zusammenbruchtagen des Jahres 1918 stammten, einige Scheibengewehre und zwei Revolver.

Am 27. April 1933 trat der volksnahe, beliebte und erfolgreiche sozialdemokratische Bürgermeister Hubert Schnofl nach 14-jähriger Amtszeit zurück, da die erwähnte „Volkswacht“ in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten geraten war. St. Pölten verlor damit einen Bürgermeister, der für die Stadt Gewaltiges geleistet hatte und, ähnlich dem Wiener sozialdemokratischen Aufbauwerk, auch in St. Pölten entscheidende Sozialmaßnahmen und einen Infrastrukturaufbau einleitete, von dem spätere Generationen profitierten. Als Nachfolger wurde der bisherige zweite Bürgermeister-Stellvertreter Stephan Buger zum neuen Bürgermeister und Ferdinand Strasser zum zweiten

prägten das Stadtbild. Trotz dieser Behinderungen und Einschüchterungsmaßnahmen fand eine machtvolle Kundgebung in den Stadtsälen statt. Diese Kundgebung bildete die Alternative zum Aufmarschverbot am Tag der Arbeit. Heinrich Schneidmadl sagte in einer ergreifenden Rede: „Die Frühzeit der Arbeiterbewegung steigt wieder vor uns auf. Es gilt wieder, Bekennermut zu zeigen. Sie werden mit Ausnahmegesetz und Kerker die Sozialdemokratie nicht ertöten!“ Auch in Stattersdorf, Spratzern, Radlberg und Pottenbrunn gab es sozialdemokratische Versammlungen.

Am 15. Mai 1933 gab es eine Zusammenkunft der Vertrauenspersonen der Sozialdemo-

verzeichnet werden. Am 10. Juli 1933 fand eine so genannte „Vaterländische Kundgebung“ mit Teilnahme von Bundeskanzler Dollfuß und Landeshauptmann Reither in St. Pölten statt. Beide lehnten die Einladung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Buger ins Rathaus ab.

Am 18. Oktober veranstaltete die St. Pöltner Frauenorganisation im Gasthaus Seifert einen Schulungsabend mit der deutschen Emigrantin Lilly Weber, die über ihre Erlebnisse in den Konzentrationslagern und Prügelkellern der Nazis berichtete.

Am 30. November 1933 wurde eine Vertrauensmänner-Konferenz in den St. Pöltner Stadtsälen, bei der der frühere Staatskanzler Dr. Karl Renner als Referent gewonnen werden konnte, von der Polizei untersagt. Kurz zuvor war als Provokation eine nationalsozialistische Kundgebung des Gemeinderates Dr. Hugo Jury unbeanstandet abgehalten worden. Die Sozialdemokraten wollten daraufhin anstelle der Vertrauensmänner-Konferenz einen erweiterten Stadausschuss einberufen, der jedoch ebenfalls untersagt wurde. Dr. Karl Renner wollte aufgrund der willkürlichen Verhinderung der Veranstaltung umgehend wieder nach Wien zurückreisen. Auf dem Weg zum Bahnhof scharte sich eine beachtliche Anzahl von Sozialdemokraten um Karl Renner und begleitete ihn. Der Marsch zum Bahnhof wurde so zur Demonstration. Die Polizei eskortierte den Marsch zum Hauptbahnhof nicht nur, sondern nahm in der Kremser Gasse auch einige Verhaftungen vor.

Das war das Vorspiel zu den Ereignissen im Februar 1934, an die zu erinnern kommendes Jahr zum 70. Jahrestag ausführlich Gelegenheit sein wird. ■



**Die Kulturinitiative St. Pölten (Vorsitzender: LAbg. a. D. Karl Gruber) veranstaltete im September eine viel beachtete Ausstellung „70 Jahre Zeitgeschehen – Österreich 1933–2003“ ; hier die Eröffnung im Steingötter-Saal.**

Bürgermeister-Stellvertreter gewählt.

Am 1. Mai 1933 marschierte in St. Pölten das Bundesheer mit Maschinengewehren auf und sperrte die gesamte innere Stadt ab. Der Bezirkshauptmann hatte die Leitung des Sicherheitsdienstes übernommen. Gendarmerie rückte am Bahnhofsplatz an und Gendarmeriepatrouillen

kratie. Dabei wurden Vorbereitungen für die künftigen Kämpfe beraten. Festgestellt wurde, dass die Partei nicht zuletzt als Reaktion auf die Ausschaltung des Parlaments erstarkt ist und neue Mitglieder gewonnen werden konnten. Am 14. Juni 1933 konnten bei der sozialdemokratischen Sonnwendfeier am Trabrennplatz 5.000 Teilnehmer

# Ella Lingens' Bericht aus der Hölle

„Hätte ich gewusst, dass ich entdeckt würde, hätte ich gewusst, dass mein Schwiegervater (Polizeipräsident von Köln, Red.) mich nicht würde schützen können, hätte ich geahnt, dass nicht Gefängnis, sondern Auschwitz mein Schicksal sein würde, und hätte ich mir insbesondere vorstellen können, was Auschwitz bedeutet – ich hätte wahrscheinlich keinen Juden versteckt und mit einiger Sicherheit nicht versucht, Juden zur Flucht zu verhelfen.“

So ehrlich wie dieser Satz ist Ella Lingens in jeder Zeile des Buchs „Gefangene der Angst“, das nun, leider postum, im Wiener Deuticke Verlag erschienen ist und das Zeugnis ablegt für das Inferno Auschwitz, das sie als Gefangene und dennoch auch – dessen ist sie sich stets bewusst – selbst dort als Privilegierte, weil Deutsche, Arierin und Ärztin – erleiden und erleben musste.

Die Erinnerungen von Ella Lingens, die sie als eine Chronistin von Auschwitz-Birkenau ausweisen, sind bereits im Jahr 1948 in englischer Sprache erschienen. Erst jetzt hat ihr Sohn, der Journalist Peter Michael Lingens, sie vorlegen können, nachdem er den Text mit seiner Mutter noch einmal durcharbeitet und um einige ihrer Aussagen dazu ergänzen konnte.

Die Vorstellung, dass die Maschinerie des Vernichtungslagers Auschwitz preußischdiszipliniert ablief, wird von Ella Lingens klar widerlegt. Auschwitz erscheint als Chaos der Kompetenzen, der Willkürlichkeit angeordneter Maßnahmen, der völligen Gleichgültigkeit, die vieles sich „zwangsläufig“ ergeben lässt, was als besondere Grausamkeit erscheint. Erst an einem eiskalten Ordnungsfanatiker wie dem berühmten SS-Arzt Josef Mengele, den Lingens zutiefst verabscheute, weil er nicht aus Fanatismus, ja nicht einmal aus Judenhass, sondern einfach ohne die geringsten Gewissensbisse mordete, ließ sich erlauben, was solche „Ordnung“ bedeutete. Um das ständig im Lager grassierende, von den Filzläusen übertragene Fleckfieber, das Massen von Todesopfern forderte, systematisch zu bekämpfen, schickte er 1.500 jüdische Frauen aus der ersten Baracke kurzerhand in die Gaskammer, um den Block gründlich zu desinfizieren. „Danach geschah mit dem nächsten Block



das Gleiche, bis alle Blocks lausfrei waren. An sich war dies die einzig mögliche Art der Seuchenbekämpfung, aber dass man sich nicht entschließen konnte, zu diesem Zweck eine neue Baracke zu bauen, sondern dass man mit dem Mord an 1.500 Jüdinnen begann, das war das Fürchterliche an dieser Situation, wo alles widersinnig war, das Böse gut und das Gute böse.“

Lingens sah sich nicht als Heldin – selbst nicht, als sie in einer Situation, in der ihre Entlassung aus dem KZ wahrscheinlich schien, sich die Chance verdarb, weil sie für eine für das Gas selektierte Jüdin eintrat und so deren Leben rettete. „In mir siegte nicht das Mitleid und nicht das Pflichtgefühl, in mir siegte der Hass gegen das System, das mich klein kriegen, das mir meine Ehre und Selbstachtung rauben wollte.“

Ella Lingens charakterisiert auch ihre SS-Wächter, sie versucht zu erklären, wie sie zu dem wurden, und zeigt Unterschiede auf. Aber in einem ist sie sicher: „Die Frauen und Männer der Waffen-SS zeichneten sich durch eine letztklassige Raffgier aus. Die SS privat – das ist eines der jämmerlichsten Kapitel der Geschichte des Tausendjährigen Reiches.“ Das waren die Leute, denen Himmler in seiner berühmten Rede bescheinigte, dass sie trotz ihrer Mordaufgaben „anständig geblieben“ seien, und von denen Haider meinte, dass sie ihrer Gesinnung die Treue gehalten hätten.

Das Buch von Ella Lingens ist eines jener Bücher, die dazu beitragen, dass niemals vergessen werden möge, was sich nicht wiederholen darf. „Professor Rudolf Burger, Philosoph an der Wiener Universität für angewandte Kunst, so sagt mir mein Sohn heute, sei der Ansicht, ein halbes Jahrhundert Gedenkens sei genug. Ich gratuliere ihm zu seinem Naturell und den österreichischen Studenten, dass sie solche Lehrer haben“ stellt sie der Frage gegenüber, die sie sich beim Verlassen von Auschwitz (Vorerst kam sie noch nach Dachau, das ihr im Vergleich dazu als „Sporthotel“ erschien.) stellte: „Wie kann das je gesühnt werden?“

## Angekündigte Neuerscheinungen

Drei interessante Bücher werden in der nächsten Zeit herauskommen:

- Heinz Fischer „Wende-Zeiten. Ein österreichischer Zwischenbefund.“ Verlage Kremayr & Scheriau/Orac.
- Hans Landauer und Erich Hackl „Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer“, Verlag der Theodor Kra-

mer Gesellschaft.

- Willy Toth u. Karin Holzer „Vom Volksgerichtshof in die Gewerkschaftsspitze“. Eine Biografie über das Leben und Wirken Alfred Ströers.

Wir werden diese Neuerscheinungen in der nächsten Nummer des Sozialdemokratischen Kämpfers besprechen.

**MITARBEITER DIESER AUSGABE:** Herbert Berger, Herbert Exenberger, Karl Gruber, Albert Kaufmann, Alfred Kohlbacher, Edith Krisch, Ernst Nedwed, Gerald Netzl, Alfred Ströer und Manfred Scheuch (redaktionelle Leitung)



# Vor 30 Jahren: Chiles Militär pu

**A**m 11. September waren es 30 Jahre seit dem Militärputsch in Chile. Es ist erstaunlich, welche Beachtung dieser Jahrestag in den Medien in Österreich und weltweit fand. In Chile wurde in den letzten Jahrzehnten über Allende weitgehend geschwiegen, die Kinder erfuhren in den Schulen kaum etwas von der jüngsten Vergangenheit ihres Landes. Zum 30. Jahrestag des Putsches weigerten sich die Christdemokraten, Salvador Allendes zu gedenken, die rechten Parteien sehen in Pinochet noch immer den Retter vor dem Marxismus. Aber die Bevölkerung, ein Großteil hat ja diese Zeit nicht selbst miterlebt, will heute wissen, was damals geschah. Es gibt in Chile eine ausführliche und durchaus objektive Fernsehserie zur Vorgeschichte des Putsches und über die Zeit der Militärdiktatur. Allende wird heute als wichtige historische Persönlichkeit wahrgenommen.

Mit dem Militärputsch und dem Tod Allendes wurden in Chile und weltweit große Hoffnungen zerstört. In Chile konnte die Unidad Popular (UP), eine Koalition von sechs Linksparteien, in der die Sozialisten und Kommunisten die stärksten Gruppen waren, am 4. September 1970 die Präsidentschaftswahl mit Salvador Allende an der Spitze knapp für sich entscheiden. Allende hatte nur eine relative Mehrheit, erst durch die Abstimmung im Parlament, wo auch die Christdemokraten für ihn stimmten, konnte er Präsident werden. Seine Regierung brachte eine Lawine von sozialen Reformen: Initiativen im Bildungswesen, um allen die Schulen zu öffnen, für die sie begabt sind, Kampf gegen Unterernährung, für jedes Kind in den

Stadtrand siedlungen gratis einen halben Liter Milch täglich, Ausbau des Gesundheitswesens und Öffnung für die Mittellosen, sozialer Wohnbau, massive Erhöhung der Löhne und Gehälter, dadurch Stärkung der Kaufkraft und Erhöhung der Produktion, wodurch die Arbeitslosigkeit fast ganz beseitigt wurde, rasche Durchführung der Landreform, die unter seinem Vorgänger Eduardo Frei, einem Christdemokraten, begonnen wurde, aber durch den Widerstand der Großgrundbesitzer zum Stillstand gekommen war, sowie die Wiederherstellung der Landrechte der Indigenas, besonders der Mapuche im Süden.

Chile ist das Land mit den größten Kupfervorkommen der Welt. Aber es waren nordamerikanische Firmen, die die Minen ausbeuteten, und Chile ging praktisch leer aus. Allende verstaatlichte diese Minen, diesem Gesetz stimmten im Parlament alle Parteien zu, auch die rechten. Die Firmen sollten für ihre Investitionen entschädigt werden, doch als berechnet wurde, was sie Chile alles gestohlen hatten, ergab sich für die Firmen ein großes Minus. In den Fabriken versuchten Unternehmer immer wieder gegen die Rechte der Arbeiter zu agieren, was dazu führte, dass viele Betriebe unter eine vorläufige staatliche Verwaltung gestellt wurden, es war also keine Verstaatlichung im eigentlichen Sinn.

Diese Politik brachte 1971 der UP bei den Kommunalwahlen einen starken Stimmenzuwachs (51 % gegen 37 % bei der Präsidentschaftswahl), ja auch noch im schwierigen Jahr 1973 wählten im März 43 % Abgeordnete der Regierungskoalition. Dieser Stimmenzuwachs zeigte den Gegnern Allendes, dass diese

Regierung durch demokratische Mittel nicht gestoppt werden konnte. Gegner waren die Großgrundbesitzer – auch sie bekamen für das an die Bauern verteilte Land eine Entschädigung, allerdings nur in der Höhe des Wertes, den sie für die Steuer angegeben hatten, ebenso die von der Intervention betroffenen Unternehmer, das Finanzkapital und schließlich das Imperium im Norden, das eine fatale Beispielswirkung auf ganz Lateinamerika befürchtete.

Die Machenschaften gegen die UP waren ja schon lange im Gange, gleich nach der Wahl

kauften Chile weder Kupfer noch sonst was ab und ließen Kupferschiffe in europäischen Häfen beschlagnahmen. Allende musste alte Schulden zurückzahlen, bekam aber keine neuen Kredite. Ersatzteile aus den USA wurden nicht mehr geliefert, Nixon und Kissinger kamen ihrem Ziel, die Wirtschaft in Chile zu zerstören, schon sehr nahe.

Die Christdemokraten liefen nun zum Gegner über, sie schlugen sich, wie so oft in ihrer Geschichte, auf die Seite des Stärkeren. Sie versuchten es mit Massenmobilisierung gegen die UP, hatten sie doch im Mittel-



**In vielen Ländern gab es Proteste gegen den Militärputsch und dessen Opfer – Präsident Allende und viele Tausende**

Allendes kam es zur Ermordung des Oberbefehlshaber des Heeres, General Schneider, weil dieser gegen den rechtmäßig gewählten Präsidenten nicht putschen wollte. Im Oktober 1972 inszenierten die Unternehmer, die auch den LKW- und Busverkehr kontrollierten, einen den ganzen Monat andauernden landesweiten Streik, der durch eine großartige Mobilisierung der Linken in seinen Auswirkungen relativiert werden konnte. Die USA hatten ein Embargo verhängt, sie

stand, bei den Landarbeitern und auch unter den Arbeitern eine große Anhängerschaft. Sie veranlassten die Arbeiter und Angestellten der großen Kupfermine El Teniente zu streiken und inszenierten einen Marsch nach Santiago. Eine Aktion, die zwar ökonomisch viel schadete, aber letztlich im Sand verlief, weil keine allgemeine Massenbewegung daraus wurde, wie die Christdemokraten gehofft hatten. Und wieder ein Streik der Fuhrwerksunternehmer, der

# tscht gegen Präsident Allende

sich über die Monate Juli und August hinzog. Gegen Lastwagen, die dennoch fuhren, wurden Attentate verübt, ebenso auf die wenigen Bahnlinien. Die Versorgung brach zusammen, Müdigkeit und Resignation machte sich breit. Draußen vor der Stadt standen die Lastwagen zu Tausenden, Unternehmer und Fahrer wurden mit CIA-Geldern dafür bezahlt, dass sie nicht arbeiteten.

Die Spannung stieg von Tag zu Tag, ein erster Putschversuch Ende Juni blieb eine isolierte Aktion, aber die Verfolgung der Putschisten war sehr nachlässig. Kardinal Silva wollte einen Dialog zwischen Regierung und Christdemokraten zustandebringen, aber die Christdemokraten wollten nur mehr diktieren. Schließlich entschloss sich Allende zu einer Volksabstimmung, um aus der politischen Pattstellung zwischen Parlament und Regierung herauszukommen und um eine Eskalation zu vermeiden. Pinochet wusste davon und schlug zu, bevor Allende diesen Entschluss der Öffentlichkeit mitteilen konnte.

Die Brutalität der Putschisten übertraf alles, was Chile jemals erlebt hatte. Tausende ermordet, etwa 600.000 gingen durch Gefängnis und Folter, etwa eine Million musste ins Ausland flüchten, etwa 1.200 Menschen sind bis heute verschwunden, Entführte, über deren Schicksal es bis heute keine Information gibt. Eine Brutalität, die aus Rassismus, aus der Verachtung für die Unterschicht und aus der Propaganda des Antikommunismus entsprang.

Die Entrüstung über den Putsch war weltweit. Es gelang der internationalen Solidaritätsbewegung, Pinochet zu isolieren. Er wurde nirgends empfangen,

er musste wenigstens einen Teil der politischen Gefangenen freilassen. Seine Schreckensherrschaft dauerte fast siebzehn Jahre. In den Achtzigerjahren war die Volksbewegung gegen ihn so stark geworden, dass er Konzessionen machen musste. 1988 verlor er die Abstimmung über einen weiteren Verbleib als Präsident, Ende 1989 gab es die ersten freien Präsidentenwahlen, sie gewann Patricio Aylwin, gemeinsamer Kandidat von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Sozialisten. Pinochet blieb Hee-

reschef, dann Senator auf Lebenszeit. Bei einem Großbritannien-Aufenthalt auf richterlichen Antrag unter Hausarrest gestellt, entzog er sich einem Prozess durch eine angebliche Demenz.

Pinochets Verfassung aus dem Jahre 1980 ist noch in Kraft, mit vielen Einschränkungen der Demokratie. Die Generalamnestie von 1978, mit der alle Verbrechen der Uniformierten bis zu dieser Zeit nicht zu belangen sind, gilt noch immer, weil die rechten Parteien ihre Abschaffung blockieren. Die Opfer und

deren Angehörigen sind hingegen noch immer schlecht gestellt, weder Wahrheit noch Gerechtigkeit gibt es.

Ist die Hoffnung zerstört? Viele gedachten mit Isabel Allende, der Tochter des Präsidenten, der Opfer des Putsches mit einer mehrtägigen Musikveranstaltung im Nationalstadion, das als KZ benutzt worden war. Das große Musikfest hatte den Titel: „Der Traum lebt.“ Traum und Hoffnung sterben nicht, aber sie werden nicht so schnell Realität, wie wir es uns wünschen. ■

## Chile-Gedenken im Parlament

**D**er Zweite Präsident des Nationalrates, Dr. Heinz Fischer, und die Österreichisch-Chilenische Gesellschaft luden, anlässlich des 30. Jahrestages des Militärputsches in Chile, zu einer eindrucksvollen Gedenkveranstaltung in die Räume des Parlaments. Heinz Fischer hob in seiner Einleitung die Verbundenheit der Sozialdemokraten mit der chilenischen Demokratie hervor, die mit dem gewaltsamen Tod Salvador Allendes und der Ermordung tausender Funktionäre und Mandatäre ein jähes Ende fand. In Österreich half vor allem die SPÖ den politischen Flüchtlingen, ein einigermaßen erträgliches Exil zu finden.

Bruni Fuchs, die Vorsitzende der Österreichisch-Chilenischen Gesellschaft, und Herbert Berger hoben die Bedeutung der Chile-Solidaritätsfront hervor, die eine breite Unterstützung der Linken Österreichs finden konnte. In dieser Solidaritätsfront hat auch Prof. Josef Hindels, der stellvertretende Vorsitzende der Freiheitskämpfer, eine bedeutende Rolle gespielt.

Nach dem chilenischen Botschafter Raimundo González Aninat hielt der Klubobmann der Sozialistischen Partei Chiles, Prof. Fidel Espinoza Sandoval, eine ergreifende Rede, in der er den Österreichern für ihre Solidarität dankte. Er schilderte, wie sein Vater, ein frei gewählter Abgeordneter, von den Militärs verhaftet und nach einigen Wochen auf freiem Feld ermordet wurde. So ist es auch vielen anderen chilenischen Demokraten ergangen. Viele Morde sind noch unaufgeklärt und eine echte Aufarbeitung dieser schwarzen Periode der Pinochet-Diktatur wird noch lange dauern.

Bei dieser Veranstaltung wurde auch das Buch von Herbert Berger „Solidarität mit Chile – Die österreichische Chile-Solidaritätsfront 1973–1990“,

herausgegeben von der Edition Volkshochschule, präsentiert (141 Seiten, Preis: 10 Euro).

Eine weitere Veranstaltung fand im Allende-Hof, in Simmering, statt. Landtagspräsident Johann Hatzl gedachte der Opfer des brutalen faschistischen Militärputsches und der Solidarität, die in Europa und in der Welt, den politischen Flüchtlingen aus Chile gewährt wurde. Er bezeichnet in seiner Gedenkrede Präsident Allende als die damalige personifizierte Hoffnung für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit in Lateinamerika. ■



Nationalratspräsident Fischer begrüßt den Klubobmann der SP Chiles Espinoza Sandoval

# Hartheim: Von Ausgre

Im Zentrum der sehenswerten Ausstellung „Wert des Lebens“ im Schloss Hartheim steht die Haltung und der Umgang der Gesellschaft mit behinderten Menschen. Der betrachtete Zeitraum erstreckt sich vom Zeitalter der Industrialisierung bis zur Gegenwart. Der Bogen spannt sich von der Sortierung der Menschen in ökonomisch „Brauchbare“ und „Unbrauchbare“ am Beginn der Industriegesellschaft bis zur aktuellen Forderung nach gesellschaftlicher Gleichstellung behinderter Menschen.

Die Ermordung behinderter Menschen als „lebensunwertes Leben“ im Nationalsozialismus bildet in dieser Entwicklung das negative Extrem und einen Brennpunkt der Reflexion, war doch Schloss Hartheim von 1940 bis 1944 eine der sechs Euthanasieanstalten des Dritten Reiches und steht somit als mahndendes Beispiel dafür, wo Ausgrenzung enden kann.

e) Die Ausmerzungen krank und minderwertigen Erbgutes	387
Die Belastung des deutschen Volkes durch krankhaft Veranlagte	387
Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses	388
Die Betämpfung der Geschlechtskrankheiten	389
Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßnahmen der Sicherung und Besserung	390
Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz)	390
Ausmerze der Asozialen	391
f) Die Ausmerze fremden Erbgutes	392
Juden, Negermischlinge und Zigeuner	392
Das Judentum – ein Gemisch ungünstiger Rassenmerkmale	392
Rassistische Herkunft und Entwicklung des Judentums	396
Die Nürnberger Gesetze	398
g) Auslese und Gattenwahl	401

**Einschlägige Kapitel in einem nazideutschen „Lebenskunde“-Schulbuch für Gymnasien**

Die Vorstellung einer existenziellen Bedrohung der europäischen Gesellschaften durch eine „Degeneration im Inneren“, verursacht durch die „überproportionale Vermehrung Minderwertiger“, bildete ab 1900 ein zentrales Element der gesellschaftspolitischen Diskussion in Europa wie in den USA. Die Menschenverluste des Ersten Weltkriegs spitzten diese Standpunkte noch zu: Während die besten jungen Männer, so der allgemeine Tenor der Eugeniker, in diesem Krieg ihr Leben lassen mussten und damit für die Weitergabe ihrer wertvollen Erbsubstanz verloren waren, vermehrten sich die „Minderwertigen“ ungebremst.

Sozialpolitiker und Mediziner aller politischen Richtungen, darunter auch Sozialdemokraten, beschäftigten sich auf der theoretischen Ebene intensiv mit Themen wie Geburtenregelung und Menschenökonomie, Auslese und Zuchtwahl, „Entartung“ und „Aufartung“. In der tiefen wirtschaftlichen Krise der späten zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts wurde der Ruf nach einer Lösung des Problems der Nichterziehbaren („Asozialität“) und Nichttherapierbaren („Erbkranke“) immer lauter. Das Kriterium der (ökonomischen) Nützlichkeit menschlichen Lebens gewann unter dem durch die Krise verschärften Kostendruck im Sozial- und Gesundheitswesen eine neue Dimension: Nun wurde zunehmend lauter darüber diskutiert, ob und wie weit staatliche Fürsorgemittel überhaupt für die Unterstützung von „Minderwertigen“ eingesetzt werden sollten.



**Schloss Hartheim in Oberösterreich: Hier fanden im Krieg die Euthanasieorde der Nationalsozialisten statt.**

Im Dritten Reich wurde bereits am 14. Juli 1933 ein „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ beschlossen. Es sah die Zwangssterilisation von Geisteskranken vor, von denen angenommen wurde, dass ihre Krankheit vererbbar sein könne. Weitere Gesetze folgten, so ein Ehegesundheitsgesetz, das Eheverbote festlegte, wenn „für die Volksgemeinschaft unerwünschter Nachwuchs“ zu erwarten war. Auf diese Weise sollte vor allem der Nachwuchs so genannter „Asozialer“ verhindert werden. Dazu kamen die Rassegesetze, die Sexualverkehr und Ehen zwischen Juden und „Ariern“ unter Strafe stellten. Das war erst der Anfang. Im Krieg begann die systematische „Ausmerzungen“ Geisteskranker, Behinderter und „Asozialer“ durch Mord.

Vom Frühjahr 1940 bis August 1941 wurden aus Krankenanstalten, Pflege- und Altenheimen des südostdeutschen Raumes planmäßig „nicht besserungsfähige“ Insassen abtransportiert und in Hartheim ermordet; die so genannte Hartheimer Statistik zählt

18.269 Opfer. Ab Sommer 1941 wurden in den Tötungseinrichtungen in Hartheim auch Häftlinge aus Konzentrationslagern ermordet. Vor allem Häftlinge der KZs Mauthausen und Dachau und der zahlreichen Nebenlager, aber auch Zwangsarbeiter aus Osteuropa wurden in Hartheim bis Ende 1944 getötet.

Gaskammer, Technikraum, Leichenraum und Krematoriumsraum bilden den Ort der nationalsozialistischen Massentötungen. Allerdings erschließt sich die Geschichte dieses Ortes nicht von selbst. Dafür ist die Verwischung der Spuren durch die nationalsozialistischen Rückbaumaßnahmen der Jahreswende 1944/45 verantwortlich. Alle Tötungseinrichtungen wurden beseitigt, sodass bei oberflächlicher Betrachtung nichts mehr auf die Geschichte der Jahre 1940 bis 1944 hinweist. Die Räume der heutigen Gedenkstätte mussten daher auf diese ihre Geschichte befragt werden. Erst wenn die Spuren des Geschehens gefunden, gesichert und gedeutet werden, können sie von den Besuchern



# nung zu Massenmord

auch „gelesen“ werden. In diesem Sinn wurden die Spuren der NS-Euthanasie in diesen Räumen behandelt: Zugemauerte Türen, die Spuren des Gasrohrs, der Abdruck der abgeschlagenen Fliesen im Fliesenbett wurden freigelegt und benannt. Die einschneidendste Maßnahme besteht aber in einem Schnitt durch die Tötungsräume, der die Anordnung der mechanisierten Tötungsstrecke sichtbar macht. Durch den Schnitt führt ein Steg, der den Weg der Besucher vorgibt. Die Tötungsräume können durchschritten, aber nicht betreten werden. Aus dieser Distanz heraus entscheidet jeder Besucher selbst, wie nahe er das historische Geschehen an sich heranlässt.

Auch in Bernburg in Sachsen-Anhalt befindet sich

eine Gedenkstätte für Opfer der NS-Euthanasie. In Bernburg wurde neben vielen anderen unsere Genossin Käthe Leichter vergast. Ein Teil der 1875 gegründeten Anhaltischen Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg gehörte von 1940 bis 1943/45 zu den sechs Orten, in denen mehr als 70.000 kranke und behinderte Menschen und mehrere tausend KZ-Häftlinge in Gaskammern getötet wurden. Im Oktober 1940 wurde im Keller eine Vernichtungsanlage installiert, die im Wesentlichen aus einer Gaskammer (ca. 14 m<sup>2</sup>), einem Sezierraum, einem Leichenraum und einem Krematorium mit zwei Verbrennungsöfen bestand.

Wenn ein Transport mit Patientinnen und Patienten, später mit KZ-Häftlingen, angekommen war, wurden die

Menschen zunächst im Erdgeschoß registriert, entkleidet, fotografiert und zur Festlegung der (falschen) Todesursache an einem Arzt vorbeigeführt. Bis zum Eingang in die Gaskammer im Keller erfolgte die Begleitung durch Pflegepersonal. Jeweils 60 bis 75 Menschen wurden durch Kohlenmonoxyd-Gas erstickt. Nach der internen Statistik des nationalsozialistischen Regimes starben in der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg vom 21. November 1940 bis zum 24. August 1941 9.385 kranke und behinderte Menschen.

Ab August 1941 wurden in „Euthanasie“-Anstalten Häftlinge aus Konzentrationslagern im Rahmen der so genannten „Sonderbehandlung 14 f 13“ ermordet, allein in Bernburg etwa 5.000 fast

ausschließlich jüdische Häftlinge aus den Konzentrationslagern Buchenwald, Flossenbürg, Groß-Rosen, Neuen-gamme, Ravensbrück und Sachsenhausen („14 f 13“ war die Geheimchiffre für die wirkliche Todesart, im Akt wurde „offiziell“ eine natürliche Todesart angegeben). Nach der Einstellung der Morde blieben die wesentlichen Teile der Vernichtungsanlage baulich erhalten.

Der eigentliche Wahnsinn, den man beim Besuch dieser Gedenkstätten realisiert, ist, wie wenig Platz die Nazis für die komplette Vernichtung zehntausender Menschen und die Beseitigung der Spuren brauchten. Auch die Verbrechen der Nazis an Kranken und Behinderten dürfen „niemals vergessen“ werden! ■

Gerald Netzl

## Ausstellung noch bis 3. November 2003



Foto: Freiheitskämpfer

Mehrere Bezirksgruppen des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, darunter die Bezirksgruppe Wien Innere Stadt, unter der Leitung von Edith Krisch und Günther Sidl (unser Foto), und die Bezirksgruppe Wien-Ottakring, unter der Leitung von Willy Wagner, besuchten die nach modernen Präsentationskonzepten gestaltete Ausstellung, die noch bis 3. November 2003 besichtigt werden kann.

Der Eintritt zur Ausstellung und zur Gedenkstätte ist kostenlos. Lediglich für die Führungen werden folgende Tarife verrechnet: Führung allgemein € 2,- pro Person. Ermäßigter Führungstarif für Schulklassen und Personen mit besonderen Bedürfnissen € 1,- pro Person.

Nähere Informationen im Internet unter: <http://www.schloss-hartheim.at>, oder telefonisch: +43/(0)664/101 37 30

## Otmar Brix – ein Sterben vor der Zeit

**D**er Simmeringer Bezirksvorsteher Otmar Brix, seit seiner Jugend ein aktiver Antifaschist, der immer eng mit den Sozialistischen Freiheitskämpfern verbunden war, wurde plötzlich aus dem Leben gerissen. Rosa Jochmann, selbst Simmeringerin, war für ihn ein Vorbild und eine Förderin seines politischen Engagements. Seine Laufbahn begann in der Bezirksvertretung Simmering und führte ihn von 1985 bis 1994 in den Wiener Gemeinderat. Von 1994 bis 2001 war er Abgeordneter zum Nationalrat und ab dem Jahre 2001 wurde er Bezirksvorsteher in seinem Heimatbezirk. Politisch war er zunächst in Simmering als Bezirkssekretär und später als stellvertretender Landessekretär der Wiener SPÖ tätig. ■



Bei der großen Trauerkundgebung auf dem Simmeringer Friedhof sprachen sein langjähriger Freund, Landtagspräsident Johann Hatzl, und für den Sportbereich der Präsident des ASKÖ, Bundesminister a. D. Franz Löschnak, Worte des Abschieds. Erschütternd und bewegend für alle war die Abschiedsrede seiner Tochter Johanna. ■

## Für Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure!

**D**as Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der Militärjustiz“ verlangt, wie berichtet, die Aufhebung der NS-Urteile gegen Wehrmachtsdeserteure und Kriegsdienstverweigerer. Mit einer Erklärung von Justizminister Dieter Böhmdorfer dazu sind sie nicht einverstanden. Böhmdorfer stellte kürzlich im Justizausschuss des Parlaments, wo die Sozialdemokraten das Verlangen des Personenkomitees zur Sprache brachten, einen Erlass an alle Gerichte in Aussicht, dass die Urteile bereits als aufgehoben gelten. Als gesetzliche Basis soll ein Amnestiegesetz aus dem Jahr 1946 gelten. Die Nationalratspräsidenten Khol und Fischer traten für die Abhaltung einer Enquete ein.

Das Personenkomitee bezeichnet Böhmdorfers Vorgehensweise in einer Aussen-

derung als „Rehabilitierungsfarce“: „Wir wollen, dass die Urteile unmissverständlich aufgehoben werden.“ Auch der Dachverband der Opferverbände hat sich bereits wiederholt für die völlige Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure ausgesprochen.

In Österreich leben noch etwa 200 bis 300 Opfer der NS-Militärjustiz. Insgesamt verurteilten die Nazigerichte 25.000 Deserteure zum Tode. 15.000 wurden hingerichtet. ■

## Birkenau verfällt

Das ehemalige Vernichtungslager Birkenau verfällt zusehends. Eine private Initiative wirkt gegen das Vergessen und Leugnen.

Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit verfällt eine Gedenkstätte, die an den beispiellosen Massensoldat der Nationalsozialisten erinnert: Die Gedenkstätte des KZ Auschwitz mit seinem Vernichtungslager Birkenau, das Synonym überhaupt für die bürokratisch organisierte Vernichtung von Millionen Menschen. Vor allem hier, an dem zentralen Ort der „Endlösung der Judenfrage“, hat sich die systematische Ermordung der europäischen Juden vollzogen. Der in Deutschland ansässige „Verband zum Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau e.V.“ bemüht sich seit fünf Jahren, die Erhaltungsarbeiten in Polen finanziell zu unterstützen, über den Zustand der Gedenkstätte aufzuklären und gegen das Vergessen und Leugnen zu wirken.

## Wir gratulieren

**Z**um **99. Geburtstag:** Christine Rois, Wien. **98. Geburtstag:** Karoline Schmied, Bruck/Mur. **95. Geburtstag:** Heinrich Helml, Attnang-Puchheim; Rosa Pongratz, Wien. **94. Geburtstag:** Alois Aichberger, Neunkirchen; Margarethe Edletzberger, Völkermarkt; Maria Grasberger, Christine Sachs, Wien. **93. Geburtstag:** Franz Kramer, Graz; Stefanie Doleysch, Johanna Stein, Salzburg; Jakob Pulverer, Steindorf. **92. Geburtstag:** Hedwig Rohata, Mödling; Maria Barock, Irma Mraz, Rudolf Rauscher, Anna Sagmeister, Wien. **91. Geburtstag:** Leonhard Krangler, Rennweg; Karl Heinz, Fritz Weber, Wien. **90. Geburtstag:** Ida Nager, Gratkorn; Kurt Wasserberger, Rehovoth; Ernestine Divoky, Hermine Filipic, Margarete Löffler, Franz Obritzberger, Wien. **85. Geburtstag:** Othmar Habel, Deutsch-Wagram; Meta Kodym, Guntramsdorf; Luise Schöpf, Innsbruck; Felix Hauser, Lichtenwörth; Karl Pfeiffer, Salzburg; Frieda Riedl, St. Pölten; Johann Hammerer, Johann Kinzelberger, Wien. **80. Geburtstag:** Erhard Pickheim, Graz; Anna Probst, Hornstein; Rosa Berger, Salzburg; Anna Pascher, St. Margarethen; Bibiane Höfer, Tragöß; Frieda Bergmann, Gerti Curda, Karl Hirtenstein, Franz Mödlagl, Otto Neuwerth, Annemarie Reiss, Gerhard Schneider, Alois Spandl, Leopold Stangl, Anna Stricker, Wien. **75. Geburtstag:** Dkfm. Dr. Helmuth Vogl, Eisenstadt; Franz Lepka, Kuchl; Margaretha Friedhuber, Inge Glück, Eva Kapeller, Friederike Steininger, Linz; Franz Muhr, Mannswörth; Johann Hoffmann, Salzburg; Franz Scharf, St. Peter-Freienstein; LAbg. Bgm. a. D. Johann Wedl, Melanie Wedl, Trumau; Josef Brunner, Wilhelmsburg; StR a. D. Walter Bittner, Wiener Neustadt; Ing. Ernst Braun, Franz Briä, Rosi Guttmann, Mag. Dr. Karl Partisch, Edmund Paulus, NR a. D. Stefan Schemer, Alois Simanek, Felix Spitzer, Hans Taschner, August Zeller, Wien.

# Schandfleck „Anhaltelager“ Wöllersdorf

**K**onservative Historiker versuchen in letzter Zeit verstärkt, die Rolle von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß als Märtyrer des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus hervorzuheben; und dabei vergessen zu machen, dass sein autoritärer Kurs, mit dem Ziel der Zerschlagung der Demokratie und der Arbeiterbewegung, Österreich der wichtigsten Kraft im Kampf gegen Hitler beraubt hat.

Im Jahr 1933 wurden von der Christlichsozialen Partei unter Dollfuß und der Heimwehr des „Fürsten“ Starhemberg die Weichen für einen Faschismus österreichischer Spielart gestellt. Nachdem Dollfuß mit Polizeigewalt das Parlament am Zusammen-treten gehindert und Neuwahlen strikt abgelehnt hatte, begann die drastische Einschränkung der Bürgerrechte. Die Hauptstoßrichtung der Regierung ging gegen die Arbeiterbewegung. Sie folgte dabei in ihrem hasserfüllten Antimarxismus nur zu gern dem Druck ihres „Schutzherrn“ Mussolini. Schon am 31. März wurde der Republikanische Schutzbund (die Wehrorganisation der Sozialdemokraten) für aufgelöst erklärt; im gleichen Atemzug aber wurde die Heimwehr als Hilfspolizei etabliert. Im Mai folgte das Verbot der kleinen Kommunistischen Partei und linker Splittergruppen sowie der „Freidenker“-Organisation.

In Verkennung der tödlichen Gefahr, die Österreich von den Nazis drohte, versuchten Regierungsvertreter noch im Mai, sie durch Verhandlungen in ihre Koalition einzubinden. Als diese scheiterten, verlegten sich die Nazis auf Terror. Er erreichte seinen Höhepunkt, als am 10. Juni nahe Krems bei einem Handgranatenüberfall auf eine christliche Turnergruppe ein Mann getötet

und 26 zum Teil schwer verletzt wurden. Nun wurde die NSDAP in Österreich verboten.

Um die diversen seit März erlassenen Verbote exekutieren zu können, schuf sich die Regierung eine eigene politische Strafgerichtsbarkeit. In allen Bundesländern wurden Sicherheitsdirektoren ernannt, die direkt dem Bundeskanzler unterstanden. Für die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ konnten sie nach dem Polizeistrafrecht politische Gegner sechs Wochen lang inhaftieren und zu hohen Geldstrafen verurteilen.

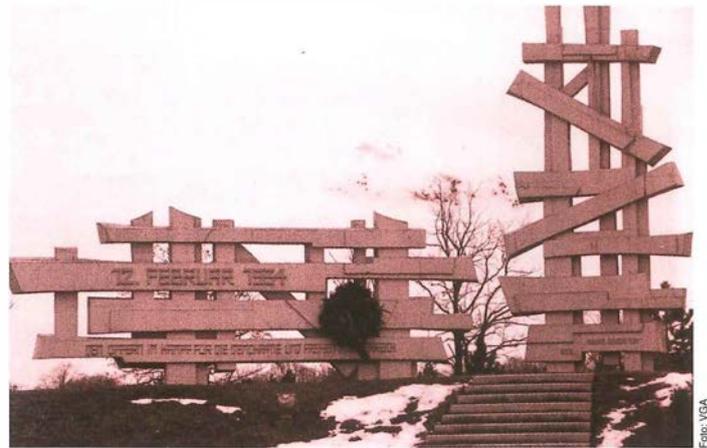
Von Innenminister Emil Fey und anderen Heimwehrführern ließ sich Dollfuß zu noch schärferen Maßnahmen drängen. „Wir müssen unsere Gegner überhitzen“, drückte es ein Regierungsmitglied drastisch aus, als im Sommer 1933 die Errichtung von „Anhaltelagern“ nach dem Vorbild der deutschen Nachbarn ins Auge gefasst wurde. Das war nicht gleich durchzusetzen, denn Vizekanzler Franz Winkler vom liberalen Koalitionspartner Landbund lehnte im Ministerrat die Errichtung solcher Lager ab. Nun dürfte Fey den Kanzler – so weit dies überhaupt nötig war – unter Druck gesetzt haben: entweder auf den Landbund oder auf die Heimwehr verzichten. Da die Drohung eines Heimwehrputsches permanent war, fiel Dollfuß die Entscheidung nicht schwer. Er ließ sich vom Ministerrat die Ermächtigung für die Errichtung von „Sammellagern“ geben. Der Landbund schied aus der Regierung aus, was für diese angesichts der Ausschaltung des Parlaments, in dem Dollfuß zuvor nur noch über eine Stimme bedeutungslos war.

Das erste und größte Anhaltelager in Österreich wurde auf

einem Industriegelände im niederösterreichischen Wöllersdorf errichtet. Am 17. Oktober 1933 bezogen die ersten Häftlinge diese für Österreich neue „Einrichtung“. Es waren zehn Männer und eine Frau aus der Steiermark, die sich für die nun illegale Nazi-partei betätigt hatten (Frauen kamen später nur noch in „normale“ Gefängnisse). Bewacht wurde das Lager von Gendarmen und Heimwehrlern. Weitere Anhaltelager wurden dann in Kaisersteinbruch, Nauders-Finstermünz und Graz-Messendorf errichtet.

Am 1. Februar 1934 waren bereits 173 Personen in Wöllersdorf inhaftiert, doch die „große Zeit“ des Barackenlagers begann nach

muss rückblickend gesagt werden, dass sich Wöllersdorf keineswegs mit Hitlers KZs, geschweige denn mit den Vernichtungslagern der Kriegszeit, vergleichen ließ. Die illegale Tätigkeit wurde auch im Lager fortgesetzt, gegen Exzesse der Heimwehrlern wurden Hungerstreiks organisiert, und gelegentlich gelang einzelnen Inhaftierten – wie den Kommunisten Fürnberg und Honner – die Flucht. Der Höchststand an Inhaftierten wurde im Oktober 1934 mit 5.302 Männern erreicht. 1938 musste Bundeskanzler Schuschnigg nach seiner Unterredung mit Hitler in Berchtesgaden das Lager auflösen. Die Nazis brannten die Wöllersdorfer Baracken nieder – gleichzeitig



**1974 wurde auf dem Gelände des ehemaligen austrofaschistischen Anhaltelagers Wöllersdorf ein Mahnmahl für die dort Gefangenen errichtet**

dem 12. Februar 1934, als Hunderte von Sozialdemokraten das Lager füllten; ein weiterer großer Zuzug erfolgte nach dem gescheiterten Juliputsch der Nazis, in dessen Verlauf Dollfuß im Bundeskanzleramt erschossen worden war. Auch andere, kleinere Lager wurden 1934 errichtet. Für die österreichische Öffentlichkeit war Wöllersdorf ein Schock, der weithin die Ablehnung des autoritären Systems vertiefte und auch vom westlichen Ausland sehr kritisch beurteilt wurde. Allerdings

aber fuhren schon politische Gegner ins KZ Dachau – und nach wenigen Monaten Nazi-herrschaft wurde in Mauthausen ein Konzentrationslager errichtet, gegen das die Verhältnisse in Wöllersdorf fast einem Ferienlager glichen. Aber das konnten die, die in Wöllersdorf saßen, nicht wissen – für sie war die Freiheitsberaubung eine der schlimmsten Unterdrückungsmaßnahmen des austrofaschistischen Regimes. ■

*Herbert Exenberger*



# Diplomaten als Lebensretter

**W**er auch nur ein einziges Leben rettet, der rettet die ganze Welt“, heißt es im jüdischen Talmud. Unter diesem Motto stand die kürzlich im Wiener Rathaus gezeigte Ausstellung „Visas for Life“, die einer Reihe von Diplomaten gewidmet war, die in den finsternen Jahren der nazistischen Judenverfolgung – oft gegen den Willen ihrer Regierungen – mit ihrem persönlichen Einsatz Menschen davor bewahrten, in die Mordmaschinerie zu geraten.

Mit Ausnahme von Raoul Wallenberg, der Tausende Budapester Juden vor der Ermordung rettete und tragischerweise nach der Besetzung der ungarischen Hauptstadt durch die Rote Armee nach Sibirien verschleppt wurde und dort umkam, hat man bisher kaum etwas von der Tätigkeit solch mutiger Diplomaten gewusst. Die vom American Jewish Committee, dem Wiesenthal Center und anderen Stellen initiierte Dokumentation, die als Wanderausstellung nun auch in Wien zu sehen war, legt Zeugnis dafür ab, dass es auch noch andere mutige Diplomaten gab, die Juden das Leben retteten.

Die Rettungsaktionen fanden zwischen 1933 und 1945 statt. Beteiligt waren Diplomaten aus 25 verschiedenen Ländern, die das Menschliche wagten, obwohl sie damit ihre Karriere und manchmal auch ihr Leben aufs Spiel setzten.

Als Hitler Österreich annektierte, waren hier vor allem zwei Diplomaten erfolgreich, jüdischen Flüchtlingen die Ausreise zu ermöglichen. Der schweizerische Generalkonsul in Bregenz, Ernest Prodloliet, stellte 1938 hunderte nicht genehmigte Einreisevisa in sein Land aus. Damit nicht genug, half er jüdischen Flüchtlingen, illegal über die schweizerische Grenze zu

kommen, oft, indem er sie persönlich an die Grenze brachte. Er arbeitete damit eng mit dem Schweizer Grenzpolizisten Paul Grüniger zusammen, der bis Dezember 1938 rund 3.600 Flüchtlinge auch ohne Dokumente passieren ließ. Grüniger wurde im Dezember 1938 von seinem Amt suspendiert, zu einer Geldstrafe verurteilt und aus dem Staatsdienst entlassen; erst 1994 wurde er rehabilitiert. Prodloliet wurde von seinen Vorgesetzten gerügt, nach Amsterdam versetzt, dennoch verhalf er auch dort Juden 1942 mit Schutzbriefen, ihren Verfolgern zu entkommen.

Chiune Sugihara in der damaligen litauischen Hauptstadt Kaunas, als zahlreiche Juden bei Kriegsausbruch 1939 aus dem damals polnischen Wilna nach Litauen flohen. Zunächst war für sie die Ausreise noch möglich. Als Litauen von der Sowjetunion annektiert wurde und die ausländischen Vertretungen aufgehoben wurden, gelang es Sugihara, vielen Juden durch japanische Visa den Transit durch die Sowjetunion in den Fernen Osten zu ermöglichen. Er stellte 3.500 solche Visa aus (wofür er keine Kompetenz hatte). Noch 1947 wurde er fristlos und ohne

wurden die Ausreisemöglichkeiten für Juden gesperrt.

Vor allem zwei Diplomaten verstanden es, diese Bestimmungen für tausende Juden nicht wirksam werden zu lassen. Der schweizerische Vizekonsul Carl Lutz erwirkte nach zähen Verhandlungen mit der Besatzung die Bewilligung zur Ausreise von rund 8.000 Juden, denen er Schutzbriefe ausgestellt hatte. Die von den Deutschen bewilligten „8.000 Einheiten“ interpretierte er als 8.000 Familien und konnte sie, da die Ausreise nach Palästina nicht mehr möglich war, in geschützten Häusern unterbringen. Lutz hatte dadurch, so seine Vorgesetzten, seine Kompetenzen überschritten, er wurde erst 1995 rehabilitiert.

Als der schwedische Geschäftsmann Raoul Wallenberg als Diplomat im Juni 1944 nach Ungarn kam, waren bereits 437.000 Juden aus den annektierten Gebieten und der Provinz nach Auschwitz abtransportiert worden. Für Budapest aber hatte Horthy schließlich die Deportation der 250.000 Budapester Juden gestoppt. Jedoch nach dem Pfeilkreuzler-Putsch im Oktober setzten auch in der Hauptstadt brutale Judenverfolgungen ein. Wallenberg begann Schutzpässe auszustellen und brachte 7.000 Verfolgte in geschützten Häusern, dem so genannten „internationalen Ghetto“, unter. Mit persönlichem Einsatz und Mut versuchte Wallenberg, den Schutzpässen Geltung zu verschaffen. Selbst als im November 1944 Eichmanns Sonderkommando und Pfeilkreuzlerbanden Juden zum angeblichen Arbeitseinsatz trieben, verteilte er noch solche Schutzpässe.

Dies sind nur einige der 25 Diplomaten, durch deren Menschlichkeit Zehntausenden das Leben gerettet wurde. ■



Foto: Ausstellung „Visas for Life“

## Jüdische Verfolgte versuchen 1944 in Budapest, in der Botschaft der Schweiz Schutzbriefe zu erhalten

Der chinesische Generalkonsul in Wien Feng Shan Ho stellte 1938 gegen den Willen seiner Vorgesetzten mehrere tausend lebensrettende Visa aus. Bis Kriegsausbruch erteilte er Ausreisegenehmigungen, danach gelang ihm noch, vielen die Einreise in die internationalen Niederlassungen in Shanghai zu ermöglichen, für die man kein Visum brauchte. Ob auf der Durchreise oder um in Shanghai zu überleben, entgingen so Hunderte dem Tod.

Besonderen Mut bewies auch der japanische Generalkonsul

Pensionsanspruch entlassen.

Mit dem Einsetzen der Deportation in die Vernichtungslager – nach Auschwitz, Sobibor, Treblinka – drängten die Nazis auch die Regierung des verbündeten Ungarn zur Auslieferung der Juden. Während insbesondere in den ehemals rumänischen und jugoslawischen Gebieten, die Hitler Ungarn überlassen hatte, schon Deportationszüge zusammengestellt wurden, begann die gnadenlose Verfolgung ab März 1944, als die Deutschen Ungarn besetzten. Auf Befehl der Besatzungsbehörden

# 1933: Die verbotene Republikfeier

Am 11. und 12. November 1933 jährten sich der Todestag Victor Adlers und der Tag der Gründung der Republik Österreich zum 15. Mal. Das „*Lied der Republik*“, 1928 von Karl Schneller gedichtet und von Julius Wachsmann vertont, in dem es heißt: „*Herzen flammen, Augen blitzen./ Freiheit ist die Republik./ Unsre Treue soll sie schützen./ Unser Weg ist ihr Geschick*“, wurde im November 1933 zum leidenschaftlichen Bekenntnis der Sozialdemokratie, trotz vieler Verbote und rigoroser Zensur. Selbstverständlich meldeten die Wiener Sozialdemokraten, wie jedes Jahr, einen Aufmarsch auf der Ringstraße zum Denkmal der Republik unter dem Motto „Für die Freiheit und Unabhängigkeit der Republik“ an. Weiter planten die Sozialdemokraten für 13. November einen Fackelzug zu Ehren von Karl Seitz, der am 13. November 1923 zum Bürgermeister und Landeshauptmann der Bundeshauptstadt gewählt worden war. Doch der Aufruf des Parteivorstands wurde konfisziert, seine Verteilung bestraft. Schon in den Tagen zuvor hatte die „Arbeiter-Zeitung“ über Anzeichen berichtet, dass die Regierung die festliche Begehung des Staatsfeiertages verhindern wolle. Und in der Tat hatte das Kabinett Dollfuß dies bereits vorgesehen und vorsorglich bereits 3.000 Mann des paramilitärischen Schutzkorps aus mehreren Bundesländern aufgeboten, mit dem Ziel, sozialdemokratische Republikfeiern und Demonstrationen zu verhindern.

Am Sterbetag Victor Adlers fielen folgende Zeilen in der „Arbeiter-Zeitung“ der Zensur zum Opfer: „Und wenn heute dieses Werk wieder bedroht ist durch Reaktion und Faschismus, wenn so viele uns heute wieder zurück-

werfen möchten in jenen Zustand der Unfreiheit und Rechtlosigkeit, in der die Arbeiter gelebt haben, als Adler zu ihnen gekommen ist, so ruft heute die Erinnerung an ihn zum Gelöbnis, um die Freiheits- und Volksrechte, die wir unter seiner Führung erkämpft haben, zu kämpfen bis zum letzten Atemzug.“

Die Simmeringer Hauptstraße war am Samstag, dem 11. November 1933, nachmittags mit Menschen belebt, die mit dem „Drei Pfeile“-Abzeichen und mit roten Nelken im Knopfloch dem Zentralfriedhof zuströmten. Vom Schwarzenbergplatz bis zum Zentralfriedhof war die Exekutive in großer Zahl präsent und kontrollierte auch die Fahrgäste in den Straßenbahnen und bei den Haltestellen. Sowohl vor den Toren des Zentralfriedhofes als auch im Friedhof selbst hatte die Polizei rigorose Absperungen vorgenommen. Als um 15 Uhr Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Fritz Adler als Sohn und Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und Arbeiter aus Favoriten sich vor dem 2. Tor zum Gang zum Grab Victor Adlers bereit machten, wollten sich viele andere anschließen. Die Exekutive ließ jedoch nur zirka 50 Personen den Friedhof betreten, nur 20 durften dann direkt zu Victor Adlers Grab, wo Karl Renner die Gedenkrede hielt.

Inzwischen waren viele der Ausgesperrten in den Urnenhain des Krematoriums gepilgert. Dort hielt AZ-Chefredakteur Oscar Pollak am Grab seines Vorgängers Friedrich Austerlitz eine kurze Ansprache. Die Polizei verhaftete ihn beim Verlassen des Hains und eskortierte ihn zum Bezirkskommissariat in der Krausegasse. Wegen Überschreitung der Notverordnung,

die politische Demonstrationen untersagte, wurde er zu 1.000 Schilling Geldstrafe verurteilt.

Auf den großen Straßenzügen des 11. Bezirks versuchten Demonstranten, sich zu Gruppen zusammenzuschließen. Es ertönten Freiheitsrufe und andere sozialdemokratische Parolen. Der Polizeibericht vermerkt, dass insgesamt 102 Personen wegen „Ordnungsstörung“ angehalten wurden. Einer der Demonstranten war der junge Bruno Kreisky, der eine „Amthandlung“ über sich ergehen lassen musste, die ihm die erste Haftstrafe eintrug, weil er sich weigerte, die ihm aufgebrummete Geldstrafe zu bezahlen. In ganz Wien wurden an den beiden Novembertagen 327 Personen festgenommen.

Die Regierung „feierte“ den Gründungstag der Republik auf ihre Art: In die Steuer- und Abgabepolitik des Roten Wien wurden massive Eingriffe angeordnet, und Justizminister Schuschnigg verkündete die Wiedereinführung der Todesstrafe.

An dem Haus, das heute an der Stelle des (1944 durch einen Bombentreffer zerstörten) Gebäudes des Bezirkskommissariats steht, wurde 1995 eine Tafel angebracht: „An dieser Stelle befand sich das ehemalige Polizei- und Bezirkskommissariat Simmering. Hier wurde im Jahre 1933 der spätere österreichische Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky von den damaligen austrofaschistischen Machthabern gefangen gehalten.“



Die Sozialistische Arbeiterjugend, der auch der junge Bruno Kreisky angehörte, kämpfte mutig gegen Zensur und Demonstrationsverbote

# Steirer bei deutschem Gedenken

**E**s war der 59. Jahrestag des gescheiterten Attentates auf Adolf Hitler, den die deutsche Bundesregierung nutzte, um der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus zu gedenken. Diese jährlich in Berlin stattfindende Veranstaltung dokumentiert, dass die deutschen Nachbarn es schaffen, mit ihrer Vergangenheit ehrlicher und zumindest weniger wehleidig umzugehen, als dies oft bei uns geschieht. Eine steirische Delegation der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, unter Führung von Mag. Albert Kaufmann, konnte auf Einladung der Deutschen Opferverbände an der Veranstaltung teilnehmen.

Im Berliner Bendlerblock, der Hinrichtungsstätte der Stauffenberg-Attentäter, legte Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) einen Kranz nieder. Seine Kernaussage: „Die Widerstandskämpfer haben dem anderen

Deutschland ein Gesicht gegeben“. Auch wenn in linken Kreisen in der BRD immer wieder betont wird, dass es historisch nicht klar sein könne, welchen Weg die Geschichte bei einer erfolgreichen Ausschaltung des Hitler-Regimes durch die Stauffenberg-Gruppe genommen hätte, ist der stolze Hinweis auf die Existenz eines Widerstandes offensichtlich identitätsstiftend. Feierstunden dieser Art gibt es bei uns leider nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Dafür wird derzeit immer stärker versucht, einen Diktator wie Dollfuß als „Widerstandskämpfer“ hinzustellen.

Anlässlich eines Empfanges für die Deutschen Opferverbände im Berliner „Roten Rathaus“ sagte Bürgermeister und Wirtschaftssenator Harald Wolf: „Die Offiziere des 20. Juli brachen in beispielloser Weise mit der überlieferten Verpflichtung zum Kadavergehorsam“. Und Walter

Momper, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, hatte zuvor erklärt: „Der 20. Juli mahnt uns, alles dafür zu tun, dass sich die Verbrechen von damals nie wiederholen“.



**Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg**

Dass diese Form des Gedenkens natürlich nicht auf ungeteilte Zustimmung, vor allem bei jüngeren Leuten, stößt, zeigte

eine „Gegenveranstaltung“: In dieser wurde dagegen protestiert, dass die Widerstandsfeier auch die Angelobung von Rekruten der Bundeswehr beinhaltet. So trugen als Rekruten verkleidete Frauen und Männer des Bündnisses „Gelöbnix“ symbolisch einen Soldaten zu Grabe. Fast unvorstellbar, welche Reaktion eine solche Demonstration bei heimischen Medien, insbesondere bei der Kronen Zeitung, hervorgerufen hätte.

Am Rande der Veranstaltungen ergab sich die Gelegenheit für den steirischen Vorsitzenden Mag. Albert Kaufmann, ein Gespräch mit der ehemaligen Bundestagspräsidentin Annemarie Renger zu führen. Sie ist die Vorsitzende der Deutschen Widerstandskämpfer und Opferverbände. Es wurde ein weiterer intensiver Gedankenaustausch der steirischen Widerstandskämpfer mit befreundeten deutschen Organisationen vereinbart. ■

## Einige wichtige Termine im November

**1. November:** Gedenkmarsch auf dem Wiener Zentralfriedhof zum Mahnmal der Opfer des Faschismus und zum Denkmal für die Februar- und Spanienkämpfer. Treffpunkt 8.30 Uhr, 2. Tor, Wiener Zentralfriedhof.

**10. November:** Gedenkstunde anlässlich des 65. Jahrestages

der NS-Reichspogromnacht im Saal der Bezirksvorstehung 15. Wien 15, Rosinagasse 4. Beginn 18.30 Uhr. Lieder aus der jüdischen Tradition und Lieder des Widerstandes bringt das Ensemble „Sholem Alechem“. Der Veranstaltungsort ist ganz in der Nähe einer am 9. November 1938 durch Brandstichung zerstörten, architek-

tonisch hervorragend gestalteten Synagoge in der Turnergasse.

**15. November:** Gedenkveranstaltung in Lackenbach vor dem Mahnmal für die Roma und Sinti. Beginn 11 Uhr. Anmeldungen beim Kulturverein Österreichischer Roma, Tel. (01) 310 64 21.

### Gasse für G. Bosques

Am 4. Juni 2003 fand im Wiener Bezirk Donaustadt die offizielle Enthüllung einer Straßentafel durch die mexikanische Botschafterin und Bezirksvorsteher Effenberg statt. Die Promenade oberhalb der Leonard-Bernstein-Straße in der Donau-City wurde nach Gilberto Bosques benannt. Der mexikanische Diplomat hat in Marseille zahlreichen Menschen die Flucht vor dem Nazi-Regime ermöglicht.

#### Impressum:

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0 **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

HERR  
BEZ. RAT DIR.  
JOHANNES SCHWANTNER  
DARINGERG. 14/25/6  
1190 WIEN